

PRESSEMITTEILUNG

SPD STADTRATSFRAKTION NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Beratungen zum Bundesverkehrswegeplan

SPD hofft auf Aufstufung des Güterzugtunnels Nürnberg-Fürth

SPD-Vorsitzender und Stadtrat Thorsten Brehm begrüßt, dass die Ortsumgehung Stein im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) wahrscheinlich zurückgestuft wird. Der Vorsitzende des Verkehrsausschusses im Deutschen Bundestag, Martin Burkert, verkündete vor wenigen Tagen, dass die Maßnahme nun in den weiteren Bedarf mit Planungsrecht soll. Im ersten Entwurf war sie noch im vordringlichen Bedarf, was in Nürnberg auf massive Kritik stieß.

„Es gibt für dieses nach aktuellen Schätzungen 131,8 Millionen Euro teure Tunnelbauprojekt ja noch nicht einmal ein richtiges Verkehrskonzept. Das Vorgehen der Bayerischen Staatsregierung, die für die Planung zuständig ist, ist einfach unseriös“, kritisierte Brehm mehrfach und setzt statt dem Straßenbauprojekt lieber auf den Ausbau der U-Bahn nach Stein. „Nun können wir dazu in Ruhe das Gespräch in der Region suchen.“

Dass nun Bewegung in die Priorisierung der Projekte gekommen ist, macht Brehm auch in Sachen Güterzugtunnel Hoffnung. Das Bauvorhaben ist Teil des Verkehrsprojekts Deutsche Einheit Nr. 8.

Im Zuge der Ausbaustrecke Nürnberg-Ebensfeld soll zwischen dem neuen Abzweig Kleinreuth im Süden und dem Abzweig Eltersdorf im Norden eine neue Güterzugstrecke mit einem 7,58 Kilometer langen Tunnel unter der Pegnitz entstehen. „Mit der Realisierung würde ein Teil des Güterverkehrs unter die Erde verschwinden. Einhergehen würde das Projekt zudem mit drei Meter hohen Lärmschutzwänden in Großreuth, Kleinreuth und Leyh, die zum Anwohnerschutz längst überfällig sind“, betont Brehm. Der Güterzugtunnel steht im Entwurf des BVWP nur im potenziellen Bedarf. „Eine Heraufstufung und zeitnahe Realisierung wäre aber dringend angesagt. Es wäre gut, wenn sich hier in Berlin noch etwas bewegen würde.“ Bisher verkehren Güterzüge aus Richtung Bamberg über Erlangen, Eltersdorf und den sogenannten Fürther Bogen mitten in das Siedlungsgebiet von Fürth und Nürnberg hinein.

Das Kabinett wird voraussichtlich am 3. August über den Bundesverkehrswegeplan beraten.

Nürnberg, 22. Juli 2016